



## **Die Selbsthilfe und die Selbsthilfeunterstützung müssen Bestandteil einer nationalen Engagementstrategie sein**

### **Anmerkungen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. zum ersten Zwischenbericht des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“**

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hatte im Frühjahr diesen Jahres Mitglieder und weitere Akteure von Staat, Zivilgesellschaft und Unternehmen zu zwei Dialogforen eingeladen, um eine engagementpolitische Agenda zu erarbeiten. Im Juni wurde der erste Zwischenbericht des neu eingerichteten „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ an Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) übergeben.

Im Juli stimmte das Bundeskabinett den Eckpunkten einer nationalen Engagementstrategie zu, um die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu verbessern und weiter zu entwickeln, die Bereitschaft für ein Engagement zu stärken und die Kompetenzen der Engagierten zu erweitern. Das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ wurde dabei gebeten, bis zum Herbst konkrete Handlungsvorschläge zu erarbeiten und in der nächsten Legislaturperiode seine Arbeit fortzusetzen.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG), der Fachverband der Selbsthilfeunterstützung und -förderung in Deutschland, begrüßt diesen Prozess, der das vielfältige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Initiativen und in Selbsthilfegruppen nicht nur gutheißt, sondern mit der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben und Probleme verbindet und näher an das politische Zentrum heranführt.

Die DAG SHG wird sich in diesen Prozess weiter einbringen und will diesen voranbringen.

In den verschiedenen Foren äußerten die beteiligten Akteure aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zahlreiche parallele Vorstellungen, formulierten gleichsinnige Interessen und beschrieben sich ergänzende politische Herausforderungen. Im Zwischenbericht des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ sind Ziele, Handlungserfordernisse und Instrumente in einem ersten Schritt sehr gut gebündelt und zueinander geführt.

Die DAG SHG ist der Auffassung, dass der begonnene engagementpolitische Agendaprozess nun pointiert und differenziert weitergeführt werden muss.

Die DAG SHG hebt dabei besonders auf vier Punkte ab, die für den Bereich der Selbsthilfe und der Selbsthilfeunterstützung von erheblicher Bedeutung und für eine nationale Engagementstrategie unverzichtbar sind:

1. Die gemeinschaftliche Selbsthilfe von Bürgerinnen und Bürgern ist ein wesentlicher Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements. Eine engagementpolitische Agenda hat die verschiedenen Formen des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft (freiwilliges Engagement, Ehrenamt, Selbsthilfe in Gruppen) ausdrücklich und gleichermaßen zu würdigen, wertzuschätzen und einzubeziehen. Eine nationale Engagementstrategie braucht ein offenes Verständnis und eine breite Einladung an alle engagierten Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft – egal, in welcher Form sie sich engagieren.
2. Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen / -Zentren und Seniorenbüros und ihre überregionalen Koordinationsstrukturen müssen als wesentliche Netzwerkknoten und Kristallisationskerne des bürgerschaftlichen Engagements in einer nationalen Engagementstrategie explizit verankert und von der öffentlichen Hand grundständig gefördert werden.



Wohl braucht die Unterstützung und Förderung der verschiedenen Formen des bürgerschaftlichen Engagements Vielfalt; die unterschiedlichsten Verbände, Organisationen, Gebietskörperschaften, Unternehmen und Stiftungen sind hierzu aufgefordert. Die Etablierung nachhaltiger Angebote muss allerdings nach einem differenzierten Schwerpunkt-konzept erfolgen, das sowohl institutionelle Kontinuität gewährleistet als auch themenübergreifend motiviert und Zugänge eröffnet, ohne dies mit besonderen Voraussetzungen wie z.B. einer Mitgliedschaft zu verbinden.

Dies ist über Einrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen / -Zentren und Seniorenbüros zu erreichen. Sie dienen speziell der Engagementförderung. Ihre institutionelle und professionelle Aufgabe ist es, Infrastruktur bereitzustellen, für Engagement zu werben, Engagierte zu unterstützen, zu beraten und zu befähigen. Sie halten Kontakte und Wissen vor, fördern Solidarität, Erfahrungsbildung und Aktionsbereitschaft.

3. Aufgabe einer nationalen engagementpolitischen Strategie ist ein integrierendes Konzept, das die gesellschaftlichen Akteure zueinanderführt, Vielfalt fördert und Gewachsenes stützt. Dies betrifft sowohl die Verbindung der Aktivitäten der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Kommunen) als auch die Engagementförderung von Verbänden, Unternehmen und Stiftungen.

Bürgerschaftliches Engagement, insbesondere die Selbsthilfeförderung, ist dabei „ganzheitlich“ und von unten, d.h. von den betroffenen Menschen, von ihrem Lebensmittelpunkt aus zu fördern und zu gestalten. Engführungen nach Maßgabe einzelner politischer Ressorts (Soziales, Familie, Umwelt, Sport, Gesundheit) oder nach speziellen Marktsegmenten gilt es gezielt herauszuarbeiten, um diese überwinden zu können.

Eine gewisse „Verengung“ bietet leider auch die dem Zwischenbericht angehängte Zusammenstellung aktueller Entwicklungen der Engagementförderpolitik der Länder. Diese waren nicht speziell für den Bericht und nicht unter der Perspektive einer nationalen Engagementstrategie erhoben worden. Dargestellt werden wohl wichtige einzelne Ausschnitte, bspw. zum Versicherungsschutz, zu „Landesehrenamtstagen“, „Ehrenamtskarten“, Freiwilligendiensten oder zur Integration von Migrantinnen und Migranten; kaum berücksichtigt sind die differenzierten und zum Teil langjährigen Erfahrungen von Ländern in der Selbsthilfe- und Selbsthilfekontaktstellenförderung, bspw. auch in der Durchführung von landesweiten Selbsthilfetagen. Im weiteren Agendaprozess müssen daher – ressortübergreifend – die Ansätze und Erfahrungen der Selbsthilfeförderung durch die Bundesländer in die Engagementstrategie einbezogen werden.

4. Bei der weiteren Entfaltung der Partizipationspotenziale im bürgerschaftlichen Engagement sind sowohl gering formalisierte Mitwirkungsformen (z.B. Arbeitsgemeinschaften, Aktionsbündnisse) und die Gremienbeteiligung vor Ort als auch bundesgesetzlich normierte Verfahren wie die Vertretung der Anliegen und Interessen der Patientinnen und Patienten in den Agendaprozess einzubeziehen.

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht teilbar. Die Selbsthilfe und die Selbsthilfeunterstützung durch Selbsthilfekontaktstellen gehören dazu. Ihre Anerkennung und Förderung muss Bestandteil einer umfassenden Engagementpolitik sein.

Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.

Berlin, 31.08.2009

Anlage: Informationen zur Selbsthilfe in Deutschland. „Für mich, für uns, für andere: Selbsthilfe als Ansporn und Motor für gegenseitige Hilfe, gemeinsames Engagement und Partizipation“

Kontakt:

Wolfgang Thiel, NAKOS – Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Wilmersdorfer Str. 39, 10627 Berlin

Tel: 030 / 31 01 89 60, Fax: 030 / 31 01 89 70, Mail: [selbsthilfe@nakos.de](mailto:selbsthilfe@nakos.de), Internet: [www.dag-shg.de](http://www.dag-shg.de); [www.nakos.de](http://www.nakos.de)

Anmerkungen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. zum ersten Zwischenbericht des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“, Berlin, 31.08.2009



## Informationen zur Selbsthilfe in Deutschland

### „Für mich, für uns, für andere: Selbsthilfe als Ansporn und Motor für gegenseitige Hilfe, gemeinsames Engagement und Partizipation“

Bürgerschaftliches Engagement findet in unserer Gesellschaft in unterschiedlichen Formen statt: als freiwilliges, als ehrenamtliches Engagement oder in **Selbsthilfegruppen**.

In Selbsthilfegruppen schließen sich **Menschen mit einem gemeinsamen Problem** zusammen. Die Mitglieder sind und werden „Experten in eigener Sache“. Sie verstehen, helfen und stärken sich gegenseitig in einer Gruppe und werden zusammen bürgerschaftlich aktiv.

In der **Gruppenarbeit** geht es um vieles: um Information und Erfahrungsaustausch, um gegenseitige Hilfe innerhalb der Gruppe und Hilfe für außenstehende Gleichbetroffene, um Gruppengemeinschaft und Geselligkeit, um Wissenserwerb und gemeinsames Lernen, um Kooperation mit Versorgungseinrichtungen, Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung.

Dabei spielen die verschiedensten Aspekte einer Problemstellung und ihrer Bewältigung eine Rolle, z.B. die Gegebenheiten der gesundheitlichen und sozialen Versorgung, die Situation in der Familie, die Auswirkungen auf Arbeit und Freizeit, Schule und Ausbildung oder die Einschränkungen sozialer Kontakte und der Mobilität.

**Selbsthilfegruppen schaffen neue soziale Netze** und beziehen sich gleichwohl auf bestehende Netze: zum Beispiel auf das Zusammenleben mit Freunden, Partnerinnen und Partnern und in der Familie, auf die Arbeitswelt, auf das Leben in der Gemeinde, auf politische Institutionen und Gremien u.v.a.m.

Sie wollen

- **Anliegen und Angebote verdeutlichen**
- **Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Partnerinnen und Partner gewinnen**
- **gemeinsame Interessen für sich und andere vertreten**
- **und die Zersplitterung von Zuständigkeiten** (z.B. in „Gesundheit“ „Jugend“, „Alter“, „Familie“, „Bildung“ oder „Soziales“) **in Kommune und Versorgung überwinden.**

Selbsthilfegruppen bieten Halt, entwickeln **gemeinschaftliche Problemlösungen** und bauen **Brücken im Gemeinwesen**. Dadurch leisten sie einen erheblichen Beitrag zur Bewältigung persönlicher Probleme, zu sozialer Integration, zu gesellschaftlicher Artikulation und Teilhabe. Sie bilden eine **wesentliche Säule des bürgerschaftlichen Engagements** in Deutschland.

In Deutschland gibt es annähernd **100.000 Selbsthilfegruppen**, mit über **drei Millionen mitwirkenden Menschen**, die sich zu allen erdenklichen gesundheitlichen und sozialen Problemen engagieren. Besonders hervorzuheben sind die Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen, die Suchtselbsthilfe und die Angehörigen- und Elternselbsthilfe. Das Themenspektrum reicht von A bis Z, im gesundheitlichen Bereich von „Allergie“ bis „Zeckenbiss“, im psychosozialen Bereich von „Alleinerziehend“ bis „Zwillingselternschaft“, im sozialen Bereich von „Arbeitsplatzverlust“ bis „Verschuldung“.

Fast 9 Prozent der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben in ihrer Lebensgeschichte einmal an einer Selbsthilfegruppe teilgenommen (Robert-Koch-Institut 2003).

Organisatorische Hilfe, Informationen und Beratung zu allen Fragen rund um die Selbsthilfe bieten themenübergreifend **ca. 280 lokale Selbsthilfekontaktstellen mit Angeboten an etwa 320 Orten in Deutschland**. Interessierten Bürgerinnen und Bürgern eröffnen sie Zugänge zur Selbsthilfe, unterstützen bei der Gruppengründung, bei der Gruppenarbeit und bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Für zivilgesellschaftliche Organisationen, für Institutionen und für Fachleute in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung sind sie kompetente und verlässliche Kooperationspartner.